



Carlo Schmitz

Der Luxemburger Staat

Es gibt immer mehr Beamte und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, ihre Zahl hat in den letzten 7 Jahren um 21% zugenommen. Dies rechnet die DP vor und verlangt: "So viel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich".

*

Luxemburg sei nicht groß genug, um einen Staat zu bilden, Luxemburg sei, wie es im "European" zu lesen stand, ein "non-country" oder, wie es in "Le Monde" stand, eine "non-nation". Bei den großen Nachbarn wird Luxemburg gerne als Steuerparadies oder als Schmarotzernest gesehen. Die rezenteste Zusammenfassung dieser Behauptungen findet sich in Gilbert Trausch's soeben bei Hatier erschienener "Histoire du Luxembourg": hier findet sich auch deren Widerlegung.

*

Braucht Luxemburg ein Verfassungsgericht, das die Verfassungskonformität der Gesetze überprüfen soll, so wie das Bundesverfassungsgericht in der Bundesrepublik Deutschland? Stellt ein solches Gericht nicht etwa die Entmachtung des Parlaments und der Regierung dar? Entsteht nicht so eine "république des juges", ein Richterstaat?

*

Welche Macht hat das Parlament überhaupt noch, wenn fast alle Gesetze von der Regierung eingebracht werden und wenn, dank der Parteidisziplin in-

nerhalb der Regierungsparteien, deren Verabschiedung eh gesichert ist? Ist das Parlament zu einer regierungshörigen Kopfnickerrunde und einer Spielwiese für machtlose oppositionelle Volkstribunen verkommen?

*

Welche Macht hat die Regierung? Ist sie nicht von ihrem Verwaltungsapparat abhängig? Stimmt es, daß es Gesetze gibt, zu denen die betroffene Verwaltung nicht nur den Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, sondern auch noch gleich das Gutachten des Staatsrates und den Bericht der zuständigen Kammerkommission geliefert hat?

*

Welcher Personenkreis besitzt die Macht im Luxemburger Staat? Gibt es die "grand commis de l'Etat", die im Dunkeln die Fäden ziehen? Welche Rolle spielen die Industrie, die Banken?

*

Der Staat und das konkrete Funktionieren des staatlichen Verwaltungsapparates; das Funktionieren der Legislative, der Exekutive und der Justiz und besonders deren Zusammenspiel; der Luxemburger Kleinstaat angesichts des Zusammenwachsens der Europäischen Gemeinschaft... Diese Themen und noch weitere standen am Anfang der Diskussion der Arbeitsgruppe "Dossier Staat", die von Claude Wey initiiert worden war. Neben der "forum"-Redaktion

Dossier

haben an diesen Diskussionen teilgenommen: Guy Foetz, Mario Hirsch, Raymond Klein, Charel Margue, Georges Ravarani, Jim Schumann, Marc Thiel, Raymond Wagener, Jean-Paul Victor.

Da unsere Ergebnisse den Rahmen eines "forum"-Dossiers sprengen, legen wir heute nur einen Teil vor. Die Texte zur Justiz werden wir in einem zweiten Dossier zusammenstellen, das im Mai erscheinen wird. Darüber hinaus werden wir einzelne Artikel auf die nächsten Nummern verteilen. Neben diesen Artikeln publizieren wir eine Reihe Interviews, die das Unternehmen abrunden. Wir haben vor, sämtliche Artikel, teilweise in erweiterter Form, als Buch zu veröffentlichen.

*

Das vorliegende Dossier beginnt mit einer Arbeit von Marc Thiel, der die Entwicklung des Staatsbegriffs in Luxemburg von 1841 bis 1914 untersucht. Es folgen drei Artikel aus einem volkswirtschaftlichen

Blickwinkel. Guy Foetz beschreibt die wirtschaftliche Funktion des Staates, besonders die des Kleinstaates Luxemburg, aus der Sicht der marxistischen ökonomischen Theorie.

Auf gänzlich anderem theoretischen Hintergrund sind die beiden folgenden Beiträge angesiedelt. Jim Schumann beleuchtet die staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik und deren Abhängigkeit von den Wahlterminen. Besonders interessant ist die Frage, ob eine LSAP-CSV Koalition sich anders als eine DP-CSV Koalition verhält.

Jean-Paul Victor geht der Frage nach, woher unser Wohlstand kommt.

Zwei Interviews ergänzen diese Artikel: mit Jeannot Krecké haben wir hauptsächlich über finanzpolitische Fragen diskutiert, während bei dem Interview mit René Hubsch das konkrete Funktionieren der Abgeordnetenkammer im Vordergrund stand. ff